



UBS-Chef gerät in Erklärungsnot

Gericht verbietet Herausgabe von Bankunterlagen an US-Behörden

Schweizer Parlamentarier haben am Wochenende den Rücktritt von UBS-Verwaltungsratspräsident Peter Kurer gefordert. Laut einer Befragung der Schweizer „Sonntagszeitung“ plädiert inzwischen jedes zehnte Mitglied des Parlaments dafür, dass Kurer aufgrund des Steuer-skandals der UBS in den USA seinen Posten räumen solle. Einige Parlamentarier forderten zudem auch den Rücktritt von UBS-Chef Marcel Rohner.

Laut Medienberichten sollen Kurer und Rohner schon länger über Fälle von Steuerbetrug in den US-Filialen der schweizerischen Bank informiert gewesen sein. Die Schweizer Boulevardzeitung „Blick“ schrieb am Wochenende, Kurer sei bereits 2006 über Unregelmäßigkeiten im US-Geschäft informiert worden. Damals war er Justiziar der Bank. Ein Sprecher der UBS demutierte am Sonntag den Bericht.

Die US-Steuerbehörden hatten der UBS vorgeworfen, reichen

Amerikanern bei der Steuerhinterziehung geholfen zu haben. Vergangene Woche erklärte sich die Bank im Rahmen einer Einigung bereit, 780 Mio. \$ Strafe zu bezahlen und den Behörden die Namen von bis zu 300 Kunden zu nennen.

Das Schweizer Bundesverwaltungsgericht hat die Herausgabe von Bankunterlagen an die US-Behörden zunächst verboten. Allerdings seien die ersten Daten bereits an die US-Behörden verschickt worden, hieß es am Wochenende sowohl bei der

„Ich bin von der gesamten UBS-Führungsmannschaft enttäuscht“

Thomas Hurter, SVP

Schweizer Großbank UBS als auch bei der Finanzmarktaufsicht (Finma), einer von der Regierung unabhängigen Behörde. Die US-Behörden wollen UBS zudem aber auch zur Herausgabe von weiteren 52 000 Kundendaten zwingen, denen sie Steuerhinterziehung vorwerfen.

Thomas Hurter von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sagte gegenüber der „Sonntagszeitung“,

er sei von der gesamten UBS-Führungsmannschaft enttäuscht. Die Topmanager hätten das Gefühl dafür verloren, was die Menschen bewegt. Kurer solle die Konsequenzen aus dem Steuerskandal ziehen. Philipp Müller von der Freisinnig-Demokratischen Partei sagte, Philipp Hildebrand sei ein idealer Nachfolger für Kurer. Hildebrand, der Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), hatte im Oktober das Rettungspaket für die UBS konzipiert. Die SNB und der Bund hatten der UBS insgesamt umgerechnet 46 Mrd. € zur Auslagerung von Problemengagements und für eine weitere Kapitalerhöhung bereitgestellt. Die Beteiligung an der Emission brockte dem Staat für 2008 sogar ein Haushaltsdefizit von 2,4 Mrd. € ein.

Am Freitag war der Kurs der UBS an der Börse Zürich erneut um 14 Prozent auf ein Rekordtief von 11 Franken gefallen. Investoren fürchten, dass aufgrund des schwelenden Streits mit den US-Steuerbehörden noch weitere Anleger ihre Gelder von der UBS abziehen.

FT, REUTERS, DPA